



„Der Euroraum bleibt verwundbar“

ESM-Chef Klaus Regling lehnt Transferunion ab

Börsen-Zeitung, 11.11.2017
München – Wie kann man die EU und die Europäische Währungsunion (EWU) stärken, um künftig Krisen besser zu bewältigen? Diese Kardinalfrage war das beherrschende Thema auf dem diesjährigen Bayerischen Bankentag, der in der Münchner Zentrale der HypoVereinsbank stattfand. In der Runde der Redner und Diskussionsteilnehmer gab es eine geteilte Meinung darüber, welche Lösungsansätze dafür geeignet sind.

Der Chef des Euro-Rettungsschirms ESM, Klaus Regling, plädierte vor allem für einen institutionellen Ansatz. Zwar habe die Euro-Krisenstrategie „funktioniert“, es seien aber weiterhin „keine richtigen Instrumente“ vorhanden, um auf asymmetrische Schocks effizient reagieren zu können. „Der Euroraum bleibt verwundbar“, folgerte er. Regling sprach sich dafür aus, die „Risikoteilung“ in der EU und in der EWU auszubauen. Im Vergleich zu Deutschland und zu den USA sei diese in der Union „unterentwickelt“.

Viele Ausnahmen

Der ESM-Chef appellierte daher, die Bankenunion zu „vervollständigen“.

Das beziehe auch eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung mit ein. „Aus meiner Sicht ist die europäische Einlagensicherung wichtig, weil sie dazu beiträgt, die Fragmentierung zu reduzieren und die Zinsdifferenzen zu senken.“ In einem erneuten Krisenfall würden mit diesem Instrument Einleger ihre Depositionen bei den Banken nicht mehr abziehen, weil sie dann wüssten, dass es dafür Garantien der Union gäbe, argumentierte er. Zudem soll seinen Worten zufolge auf fiskalischer Ebene der Stabilitäts- und Wachstumspakt „vereinfacht“ werden. „Es gibt zu viele Ausnahmen im Regelwerk.“ Dieses Thema sei in der Politik „erkannt“ worden.

Regling lehnte aber abermals eine enge Transferunion ab. Einen Finanzausgleich in der EU wie in Deutschland werde es in „den nächsten Jahrzehnten nicht geben“. Seiner Ansicht nach reicht es aus, wenn künftig ein Geldtopf zur Verfügung steht, der Mittel für Mitgliedstaaten bereitstellt, die sich in einer wirtschaftlichen Krise befinden. Das könnte ein Europäischer Währungsfonds bewerkstelligen. Der IWF würde dann keine Rolle mehr spielen im Falle von EU-Angelegenheiten. „Das können wir selbst tun.“

Aktuell wird diskutiert, ob der ESM diese Funktion übernehmen könnte. Regling ging darauf nicht direkt ein.

„Kein Investitionsanreiz“

Franz Josef Benedikt, Präsident der Hauptverwaltung in Bayern der Deutschen Bundesbank, sieht in Reglings institutionellem Lösungsansatz kein wirklich überzeugendes Mittel zur Krisenbewältigung. „Wir haben in der EU strukturelle Schwächen, die wir angehen müssen“, sagte er.

„Die Achillesferse der EWU ist der stetige Rückgang des Produktionspotenzials.“ Transfers und neue Geldtöpfe brächten keinen zusätzlichen Investitionsanreiz, argumentiert er. Keiner würde in Länder investieren mit unsoliden Staatshaushalten.

Benedikt sprach sich dafür aus, dass die Mitgliedstaaten selbst strukturelle Reformen angehen, um ihre eigene Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren. „Wir müssen umbauen, um die Arbeitsmärkte flexibler zu gestalten“, sagte er. Die Mitgliedstaaten müssten dabei aber „für ihr eigenes Tun haften“.